

15.07.2014

Niederschrift 003/2014

Kreistag

am 17.06.2014 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Michael Makiolla

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Aileen Droll

Frau Dipl. Ing. Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Frau Bärbel Schmidt

Herr Jens Schmölling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Frau Manuela Werbinsky

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich
Herr Peter Dörner
Frau Annika Dresen
Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann
Frau Claudia Gebhard
Herr Stefan Janyga
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Dieter Kleinwächter
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Helmut Krause
Herr Herbert Krusel
Herr Dipl.-Ing. Olaf Lauschner
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Herr Hakan Namlisoy
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Gabriele Richter
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Frau Ilka Brehmer
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Jochen Nadolski-Voigt
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider
Herr Dennis Schweer

Kreistagsmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Dieter Reichwald
Herr Werner Sell

Kreistagsmitglieder GFL-Lünen/UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Frau Maria Lipke
Herr Helmut Rosenkranz

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Herr Julius Will

Kreistagsmitglieder PIRATEN

Herr Ralf Schaefer

Kreistagsmitglieder FW

Herr Dieter Albert

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sabine Leiß, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt alle anwesenden Damen und Herren und eröffnet die konstituierende Sitzung des Kreistages für die Wahlperiode 2014 bis 2020.

Er gratuliert allen Kreistagsmitgliedern zur Wahl und bedankt sich für die vielen Glückwünsche, die er selbst anlässlich seiner Wiederwahl zum Landrat des Kreises Unna erhalten habe.

Dann richtet er einige einführende Worte an die Kreistagsmitglieder. (Die Ansprache des Landrates ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Herr Makiolla weist darauf hin, dass der Hellweger Anzeiger und die Pressestelle des Kreises Fotos aus dieser Sitzung machen werden. Es bestehen keine Einwände seitens der Anwesenden.

Herr Makiolla teilt mit, dass die Einladung zu dieser Sitzung am 5. Juni 2014 verschickt worden sei. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Beraten wird nach der Tagesordnung vom 4. Juni 2014. Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden zu einem Tagesordnungspunkt 9 zusammengefasst, da ein veränderter Antrag der CDU-Fraktion vorliegt. Dadurch verschieben sich alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte um einen Punkt nach oben. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 076/14 | Einführung und Verpflichtung der Kreistagsabgeordneten durch den Landrat |
| Punkt 4 | 077/14 | Wahl und Einführung der stellvertretenden Landrätinnen und Landräte |

- Punkt 5** 078/14 Bildung und Festlegung der Zuständigkeiten von Fachausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages
- Punkt 5.1** 097/14 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppen FDP und PIRATEN vom 16.06.2014 zur DS 078/14
- Punkt 6** 084/14 Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Unna
- Punkt 6.1** 090/14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2014 zur Drucksache 084/14 | Aufwandsentschädigung
- Punkt 6.2** 092/14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2014 zur Drucksache 084/14 | Verdienstausfallersatz
- Punkt 6.3** 091/14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2014 zur Drucksache 084/14 | Klausuren
- Punkt 7** Fraktionszuwendungen gem. § 40 Kreisordnung
- Punkt 7.1** 098/14 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe PIRATEN vom 16.06.2014
- Punkt 8** 081/14 Unterstützung der betroffenen kreisangehörigen Kommunen im Klageverfahren gegen die Entscheidung der Bezirksregierung Münster zur Betriebszeitenverlängerung am Flughafen Dortmund;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2014
- Punkt 9** 082/14 Einführung des Vier-Augen-Prinzips in den Gesellschaften und Beteiligungen des Kreises Unna; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.06.2014
- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 11** 074/14 Energetische Sanierung des Freiherr-vom-Stein-Berufskollegs in Werne;
Vergabe des Auftrags über das Gewerk "Sanitär, Heizung und Lüftung"
- Punkt 12** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Vor Beginn der Wahl ist zur Auswertung des Ergebnisses eine Zählkommission zu bilden. Herr Landrat Makiolla bittet jede Fraktion, wie im Ältestenrat vereinbart, je ein Mitglied dieser Zählkommission zu benennen.

Es werden Herr Sascha Alexander Kudella (SPD-Fraktion), Herr Helmut Krause (CDU-Fraktion), Herr Hans-Ulrich Bangert (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Insa Bußmann (Linksfraktion) und Herr Kunibert Kampmann (Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm) benannt.

Herr Landrat Makiolla erläutert den Ablauf des Verfahrens zur Wahl der stellvertretenden Landrätinnen und Landräte und eröffnet anschließend den Wahlgang. Er ruft die Namen der Kreistagsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf, und diese begeben sich nach Aufruf zur Wahlkabine. Nachdem Landrat Makiolla als Letzter seine Stimme abgegeben hat, schließt er den Wahlgang.

Herr Makiolla bittet die Zahlkommission, das Wahlergebnis zu ermitteln. Zur Auszählung wird die Sitzung von 15.32 bis 15.45 Uhr unterbrochen.

Nachdem Herr Makiolla die Sitzung wieder eröffnet hat, verkündet er das Wahlergebnis.

Wahl

Folgende Kreistagsmitglieder werden zum Stellvertreter/ zur Stellvertreterin des Landrates gewählt:

1. Herr Martin Wiggermann
2. Frau Elke Middendorf

Wahlergebnis

mehrheitlich gewählt (59 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen)

Auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla erklären Frau Middendorf und Herr Wiggermann, dass sie die Wahl annehmen.

Daraufhin werden sie von Herrn Landrat Makiolla in ihr Amt als stellvertretende Landräte eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Frau Middendorf und Herr Wiggermann nehmen die Glückwünsche des Landrates entgegen und stehen für Pressefotos zur Verfügung.

Punkt 5 078/14 Bildung und Festlegung der Zuständigkeiten von Fachausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages

Erörterung

Es liegt ein gemeinsamer Antrag (DS 097/14) der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppen FDP und PIRATEN vom 16.06.2014 zur DS 078/14 vor.

Frau Cziehso erläutert den gemeinsamen Antrag. Die darin enthaltene, grundlegende Veränderung der Ausschusslandschaft trage zur Senkung der Kosten der Politik bei. So werde die Zahl der Sitze in den Ausschüssen von 22 auf 19 verringert.

Zudem setze man hier Schwerpunkte für die Arbeit des Kreistages in den kommenden Jahren. Als deutliches Signal dafür werde ein Ausschuss für Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung eingerichtet. Beispielhaft

dafür sei auch der neu eingerichtete Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, der ein bisher politisch noch nicht so beachtetes Feld bearbeiten, aber auch die Funktionen des jetzigen Feuerwehrbeirates übernehmen solle.

Weiterhin würden sachlich zusammengehörende Themen in Ausschüssen zusammengefasst, wie z. B. im Bereich Schule, Bildung und Kultur oder beim Thema Soziales und Gleichstellung

Herr Stalz teilt mit, die Gruppe der Freien Wähler begrüße, dass Bewegung in die Ausschussstrukturen komme; ihnen sei aber der Punkt „Senkung der Kosten der Politik“ zu kurz geraten. Sie hätten es für begrüßenswerter gehalten, die Anzahl der Ausschüsse noch deutlicher zu reduzieren. Insofern werde man den Antrag ablehnen.

Herr Jasperneite erklärt, der gemeinsame Antrag finde die volle Unterstützung der CDU-Fraktion, auch wenn man bis zuletzt um Inhalte und Strukturen gerungen habe und sich nicht alle Gruppierungen und Fraktionen in vollem Umfang hätten durchsetzen können. Man beantrage jedoch, dass der „Ausschuss für Soziales und Gleichstellung“, unabhängig von seiner Zuständigkeit, umbenannt werde in „Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung“.

Herr Landrat Makiolla lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss

Die Bezeichnung des „Ausschusses für Soziales und Gleichstellung“ wird um das Wort „Familie“ ergänzt und in „Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung“ umbenannt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (68 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen FDP, FW und PIRATEN und 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann lässt Herr Landrat Makiolla über den gemeinsamen Antrag (DS 097/14) mit der zuvor durch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion beschlossenen, geänderten Bezeichnung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gleichstellung abstimmen.

Beschluss

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung in der im gemeinsamen Antrag (DS 097/14) der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppen FDP und PIRATEN vom 16.06.2014 zur DS 078/14 formulierten Fassung, einschließlich der geänderten Bezeichnung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gleichstellung, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (67 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen FDP und PIRATEN und 2 Nein-Stimmen der FW-Gruppe)

Abschließend lässt Herr Makiolla über die DS 078/14 in der durch den gemeinsamen Antrag (DS 097/14) geänderten Fassung abstimmen.

Beschluss

Die als Anlage zur Drucksache 078/14 beigefügte Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und sonstigen Gremien des Kreistages in der durch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppen FDP und PIRATEN vom 16.06.2014 (DS 097/14) geänderten Fassung wird beschlossen.

(Die Zuständigkeitsordnung in der geänderten Fassung ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (67 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen FDP und PIRATEN und 2 Nein-Stimmen der FW-Gruppe)

Punkt 5.1 097/14 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppen FDP und PIRATEN vom 16.06.2014 zur DS 078/14

Erörterung

s. unter Punkt 5

Punkt 6 084/14 Zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass man, im Hinblick auf eine Vielzahl von Änderungswünschen, übereingekommen sei, über eine grundsätzliche Änderung der Hauptsatzung des Kreises in der Sitzung des Kreistages im September zu beschließen. Die vorliegende Drucksache enthalte daher jetzt nur eine Änderung hinsichtlich der Vertretungsregelung für Ausschussmitglieder. Zu dem Tagesordnungspunkt liegen drei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Herr Goldmann erläutert seine Anträge. Es handele sich dabei um entscheidungsrelevante Betrachtungsmomente im Rahmen der Konsolidierung und um Überlegungen, die auch eine Notwendigkeit der Diskussion und Entscheidungsfindung in der Hauptsatzung erforderlich machten.

Allen politischen Kräften müsse, seitdem man 2011 eine externe Begleitung zur Ermittlung der Konsolidierungspotenziale des öffentlichen Haushaltes beauftragt habe, klar sein, dass auch sie eine Verpflichtung hätten, ihren adäquaten Anteil zu leisten.

In 2011 seien, auch auf Einladung des Landrates, die Fraktionsspitzen wiederholt zusammengekommen, um von der FDP-Fraktion und insbesondere von den Grünen gestellte Änderungsanträge zu den u. a. auch heute von ihm dargestellten Themenfeldern zu behandeln, beispielsweise auch zur Fragestellung der Reduzierung von Fraktionssitzungen.

Mittlerweile seien drei Jahre vergangen und es sei nichts passiert. Die vorliegenden Anträge müssten nicht im Einzelnen noch einmal dargestellt werden. Man hoffe, dass heute die Möglichkeit genutzt werde, bei der anstehenden Änderung der Hauptsatzung diese Themenbereiche, wenn möglich einvernehmlich, zu beraten und zu beschließen.

Die Gruppe der Freien Wähler unterstütze laut Herrn Stalz das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Politik solle mit gutem Beispiel vorangehen und auch klare Signale nach außen setzen, dass sie deutliche Kostenreduzierungen im eigenen Bereich verantworten und auch durchsetzen werde.

Auch die FDP unterstütze, so Herr Klostermann, inhaltlich die Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Man habe auch bereits über Anregungen und Vorschläge nachgedacht, u.a. zum Thema pauschalierendes Sitzungsgeld. Da hoffe man noch auf entsprechende Beratungen, in die alle Fraktionen und Gruppen mit einbezogen werden sollten. Hinsichtlich der Fraktionsfinanzierungen könne man sicherlich auch zu Kosteneinsparungen kommen und einen Beitrag zur Senkung der Kosten der Politik leisten.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass Gruppierungen und kleine Gruppen, die keine große Fraktion organisieren müssten, einen anderen Aufwand hätten. Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien seiner Meinung nach Schaufensteranträge. Mit den darin genannten Beträgen könne man die Fraktionsfinanzierungen nicht auf neue Beine stellen, jedoch große Fraktionen destabilisieren oder in ihrer Arbeit behindern. Der nächste Tagesordnungspunkt werde zeigen, wie man die Kosten der Politik reduziere. Und durch Ausschussreduzierung, Verkleinerung von Ausschüssen, möglicherweise auch durch straffere Führung von Sitzungen werde man deutlich mehr Geld und Zeit einsparen, als durch diese kleinen Anträge. Von daher lehne die CDU-Fraktion die drei Anträge ab.

Herr Goldmann weist die Äußerungen von Herrn Jasperneite zurück. Die Anträge basierten u. a. auf Vorschlägen des Gutachterbüros S/E. Er sehe die Anträge seiner Fraktion, unter der Fragestellung der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit beispielsweise von Aufwandsentschädigungen für vorbereitende Sitzungen am selben Tag oder dem Thema auswärtige Klausuren, nicht als Schaufensteranträge an, sondern als ein Zeichen der Verpflichtung, zur Kostenreduzierung beizutragen.

Herr Krause schließt sich den Worten seines CDU-Fraktionsvorsitzenden an und geht noch einmal auf die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion bereits freiwillig auf Fraktionssitzungen verzichte, wenn diese nicht erforderlich seien. Zudem lasse sich seiner Meinung nach auf andere Weise mehr Geld einsparen als durch die Reduzierung des Verdienstausschlagfaktors von 26 auf 24 Euro. Letztlich könne man darlegen, dass eine Klausurtagung, wenn man sie in Nordrhein-Westfalen durchführe, unter Umständen erheblich teurer sei, als in touristisch ansprechenden Gegenden außerhalb der Saison.

Frau Schneider widerspricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal Herrn Jasperneite. Es handele sich nicht um Schaufensteranträge, sondern um Beispiele, wie jedes einzelne Kreistagsmitglied durch Kleinverzicht einen Beitrag leisten könne. Sie sei selbstständig und bereit auf 2 Euro die Stunde zu verzichten.

Nach der kontrovers geführten Diskussion fragt Herr Landrat Makiolla Herrn Goldmann unter Hinweis auf seine Ausführungen zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes, ob die hier zur Beschlussfassung vorliegenden Anträge nicht auf die Septembersitzung verschoben werden könnten. So könne man dann über diese Dinge in Vorbereitung der Hauptsatzungsdiskussion in aller Ruhe noch einmal sprechen und diskutieren, um einen Konsens zu finden.

Herr Goldmann stimmt als Antragsteller dem Vorschlag zu.

Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DS 090/14, DS 091/14 und DS 092/14) werden einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 23. September 2014 vertagt.

Herr Landrat Makiolla lässt anschließend über die Drucksache 084/14 abstimmen.

Beschluss

Die zweite Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Unna vom 03.11.2009 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6.1 090/14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2014 zur Drucksache 084/14 | Aufwandsentschädigung

Erörterung

s. unter Punkt 6

Punkt 6.2 092/14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2014 zur Drucksache 084/14 | Verdienstauffallersatz

Erörterung

s. unter Punkt 6

Punkt 6.3 091/14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2014 zur Drucksache 084/14 | Klausuren

Erörterung

s. unter Punkt 6

Punkt 7 Fraktionszuwendungen gem. § 40 Kreisordnung

Erörterung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe PIRATEN vom 16.06.2014 (DS 098/14) vor.

Frau Cziehso erläutert den gemeinsamen Antrag zur Fraktionsfinanzierung. Man habe hier einen Vorschlag zur Finanzierung der Fraktionsarbeit und der Arbeit der Gruppen erarbeitet, der eine angemessene, auskömmliche Finanzierung sicherstelle und der dabei auch die Größe der Fraktionen oder der Gruppen widerspiegele, soweit dies im Rahmen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts möglich sei. Man sei sich darüber im Klaren, dass sich aus dieser veränderten Finanzierung auch Härten ergäben.

Hinweisen wolle sie auf den Punkt „Gesamtbetrachtung“ am Ende des Antrages. Dort gehe es um die Finanzen unter der laufenden Wahlperiode. Diese sollten sich automatisch bei einer Anpassung der Aufwandsentschädigung durch das Land zur Hälfte der Wahlperiode (ab 2017) um eben den gleichen Prozentsatz anheben.

Der mit dem gemeinsamen Antrag vorgelegte Vorschlag beinhalte eine über 10prozentige Einsparung bei den Mitteln der Fraktionen. Zusammen mit den anderen Dingen, die man schon auf den Weg gebracht habe,

wie u. a. dem papierlosen Sitzungsdienst, komme man so zu einer namhaften Einsparung bei den Kosten der Politik.

Herr Goldmann erklärt, dass der Antrag selbst sehr ausgewogen aufbereitet und in sich schlüssig dargestellt worden sei und auch einer rechnerischen Betrachtung Stand halte.

Er weise jedoch darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an den darin genannten Einsparungen in einer Größenordnung von 45.000 Euro allein mit 27.000 Euro beteiligt sei. Dies sei aus Sicht seiner Fraktion nicht angemessen, zumal man nach dem Ergebnis der letzten Kommunalwahl kein Mandat verloren habe. In der Konsequenz bedeute dies, dass man eine Mitarbeiterin nach 25jähriger Tätigkeit für seine Fraktion nun – sollte dieser Beschluss so gefasst werden - freistellen müsse.

Herr Makiolla weist darauf hin, dass Frau Stefanie Schmidt als Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befangen sei. Frau Stefanie Schmidt nimmt daraufhin im Zuhörerraum Platz und nimmt an der weiteren Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Goldmann erklärt, dass auch über die Modifizierung des mit Frau Schmidt bestehenden Vertrages nachgedacht werden oder sich ggf. auch mit einer Neuausschreibung dieser Stelle befasst werden müsse.

Ein jetzt gefasster Beschluss binde seine Fraktion zudem bereits zum 1. Juli 2014. Hinsichtlich des Fortbestandes vertraglicher Verpflichtungen über diesen Zeitpunkt hinaus und mit Blick auf die Dimension der zugemuteten Einsparungen und die schwierigen organisatorischen Entscheidungen, sei weder für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch für die Gruppe der FDP über eine Übergangsregelung nachgedacht worden.

Aufgrund der anfangs gemachten Ausführungen zum gemeinsamen Antrag werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedoch einen Mehrheitsbeschluss in dieser Form akzeptieren.

Laut Herrn Stalz sei die Gruppe der Freien Wähler an der Erarbeitung dieses Antrages nicht beteiligt gewesen. Man begrüße ihn aber insofern, als dass das von ihnen öffentlich verlangte Ziel, Einsparungen von um die zehn Prozent, erreicht werde.

Auch die Gruppe der FDP sei an den entsprechenden Beratungen im Vorfeld nicht beteiligt gewesen. Inhaltlich könne man die Gesamtsituation mittragen, auch wenn man sicherlich erkenne, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN letztendlich diejenige sei, die den größten Teil der Einsparungen zu tragen hätte.

Herr Landrat Makiolla lässt über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe PIRATEN vom 16.06.2014 (DS 098/14) abstimmen.

Punkt 7.1 098/14 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe PIRATEN vom 16.06.2014

Erörterung

s. unter Punkt 7

Beschluss

Die Zuwendungen aus dem Kreishaushalt an die Fraktionen und Gruppen gemäß § 40 Absatz 3 KrO NRW werden ab dem 1. Juli 2014 bis zum Ende der Wahlperiode am 31.10.2020 wie folgt geregelt:

Pro Kalenderjahr beträgt die Zuwendung

für das erste bis neunte Fraktionsmitglied	5.000,00 Euro,
für das zehnte bis neunzehnte Fraktionsmitglied	4.000,00 Euro,
ab dem zwanzigsten Fraktionsmitglied	3.000,00 Euro.

Pro Kalenderjahr erhalten die

1. SPD-Fraktion	115.000,00 Euro,
2. CDU-Fraktion	91.000,00 Euro,
3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	40.000,00 Euro,
4. Die Linksfraktion	15.000,00 Euro,
5. Fraktion GFL/UWG	15.000,00 Euro.

Gruppen erhalten mindestens eine proportionale Ausstattung, die zwei Dritteln der Zuwendungen entspricht, die die kleinste Fraktion nach § 40 Abs. 3 Satz 4 KrO NRW erhalten würden.

Pro Kalenderjahr erhält die

6. Gruppe FDP	10.000,00 Euro,
7. Gruppe PIRATEN	10.000,00 Euro,
8. Gruppe FW	10.000,00 Euro.

Summe Teil B: 306.000,00 Euro

Gesamtbetrachtung

Die Summe der jährlichen der Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen als Geldleistung (Teile A2 und B) beträgt **376.001,00 Euro**. Dieser Betrag in den Haushaltsplänen 2015 bis 2020 zu veranschlagen. Berücksichtigt wird zusätzlich die Übertragung der Anpassung der Aufwandsentschädigung durch das Land zur Hälfte der Wahlperiode(ab 2017) auf die Fraktionszuwendung in vollem Umfang.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (60 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen FDP, PIRATEN und des Landrates, 7 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und 2 Enthaltungen der FW-Gruppe)

**Unterstützung der betroffenen kreisangehörigen Kommunen im Klageverfahren gegen die Entscheidung der Bezirksregierung Münster zur Betriebszeitenverlängerung am Flughafen Dortmund;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2014**

Erörterung

Der Kreistag, so Herr Goldmann, habe sich immer geschlossen gegen Überlegungen zur Erweiterung von Betriebszeiten und der Landebahn des Flughafens Dortmund positioniert. Die Bezirksregierung Münster habe nun den entsprechenden Antrag des Flughafenbetreibers positiv entschieden, trotz, aus seiner Sicht, massiver rechtlicher Bedenken, auf die im Genehmigungsbescheid völlig unzureichend eingegangen werde. Eine entsprechende Beschlussfassung hier sei ein politisches Signal, dass der Kreis Unna bereit sei, sowohl die Kreisstadt Unna, der wohl ein Recht, Einwendungen zu erheben, zustehe, als auch die betroffenen Anwohner und Anlieger in der Einflugschneise des Flughafens im weiteren Verfahren zu begleiten und zu unterstützen.

Frau Cziehso weist darauf hin, dass es zum Flughafen Dortmund die grundsätzliche Positionierung des Kreistages gebe, ihn bei entsprechender Nutzung als Wirtschaftsfaktor konkret zu unterstützen. Man habe sich aber auch sehr eindeutig gegen die Ausweitung der Betriebszeiten ausgesprochen. Daher sei man der Meinung, dass man der Kreisstadt Unna, wenn sie denn die Klageberechtigung habe und das auch wünsche, ideell zur Seite stehen solle. Dies jedoch nur ohne zusätzlichen Aufwand für die Kreisverwaltung. Unter dieser Prämisse könne man dem Antrag zustimmen.

Auch die CDU-Fraktion sei, so Herr Jasperneite, für den Geschäftsflughafen in Dortmund und gegen die Ausweitung der Flugbetriebszeiten. Aber man sei auch dagegen, dass der Kreistag nur eine vertiefte stärkere Solidarität beschließe, ohne Manpower und ohne etwas Konkretes zu tun. Es sei nicht die Zuständigkeit des Kreises, dieses Thema zu behandeln, und daher lehne man diesem Antrag ab.

Auch die Gruppe der FDP sehe, laut Herrn Klostermann, die Notwendigkeit dieses Antrages im Augenblick nicht, da zum Einen nicht bekannt sei, dass die betroffenen Kommunen Unterstützung benötigten und die Kreisstadt Unna durchaus in der Lage sei, eine entsprechende Klage selbstständig und qualifiziert durchzuführen, so sie denn gewollt sei. Zum Anderen müsse der Kreis die Interessen letztlich aller Städte und Gemeinden vertreten, und da gebe es derzeit kein einheitliches Bild, wie denn die Gestaltung des Flughafens letztendlich aussehen solle. Man werde diesen Antrag daher nicht unterstützen.

Frau Lipke erklärt, dass die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze, und sie unterstütze die Politik des Kreistages in Sachen Flughafen Dortmund, wie sie bisher gelaufen sei.

Herr Landrat Makiolla erläutert das bisherige Vorgehen des Kreises. So habe im September 2011 der Kreis im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der Bezirksregierung Münster eine kritische Stellungnahme verfasst, die im Prinzip das, was durch die Stadt Dortmund beantragt worden sei, auch abgelehnt habe.

Im Kreistag sei dann im Oktober 2011 darüber diskutiert worden und damals ganz klar die Auffassung vertreten worden, dass der Kreis in dem damaligen Verwaltungsverfahren die Städte und Gemeinden, die sich neben ihm auch geäußert hatten, unterstützen werde, das waren die Gemeinde Bönen, die Stadt Fröndenberg, die Stadt Schwerte, die Gemeinde Holzwickede und die Städte Unna und Kamen.

Der Kreis habe den genannten Kommunen seine damalige Stellungnahme zur Verfügung gestellt, die zumindest von der Gemeinde Bönen und den Städten Fröndenberg und Schwerte im vollen Umfang über-

nommen worden sei. Und diese kritische Stellungnahme sei damals mit 62 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen der FDP-Fraktion und einer Enthaltung der FDP-Fraktion mehrheitlich beschlossen worden, d.h., man habe mit Ausnahme der FDP einvernehmlich hinter diesem Weg gestanden.

Dieser Beschluss heute bedeute nicht, dass die Kreisverwaltung zusätzliche Finanz- oder Personalressourcen zur Verfügung stellen solle.

Die Kreisstadt Unna - und das sei die einzige Stadt, von der er wisse, dass sie den Rechtsweg beschreiten wolle - sei juristisch hervorragend beraten und benötige keine zusätzliche Beratung durch den Kreis. Man würde mit einem solchen Beschluss der Kreisstadt Unna sozusagen eine politisch symbolische Unterstützung geben.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, den unmittelbar betroffenen kreisangehörigen Kommunen juristische Begleitung und Unterstützung bei einer Klage gegen die Entscheidung der Bezirksregierung Münster zur Betriebszeitenverlängerung am Flughafen Dortmund zuzusagen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppe PIRATEN und des Landrates, 23 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und der Gruppe FDP)

Punkt 9 082/14 Einführung des Vier-Augen-Prinzips in den Gesellschaften und Beteiligungen des Kreises Unna; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.06.2014

Erörterung

Herr Jasperneite erklärt, es habe zwischenzeitlich noch verschiedene Diskussionen zu diesem Thema gegeben. Im Ergebnis wolle man die Einführung des Vier-Augen-Prinzips nun nicht mehr nur auf GWA und VBU reduzieren, sondern stelle diesen generellen Antrag.

Die CDU-Fraktion habe immer schon die Thematik „Geschäftsführung in kommunalen Gesellschaften unter Vier-Augen-Gesichtspunkten“ durchgängig organisieren wollen. Dies sei nichts Ungewöhnliches und in vielen Gesellschaften und Gesellschafterverträgen schon so verankert. Daher wolle man die Verwaltung auffordern, zukünftig in allen Gesellschaften des Kreises Unna dieses grundsätzliche Vier-Augen-Prinzip durch- und umzusetzen. Er betone dabei ausdrücklich, dass es bei den Gesellschaften in Obhut des Kreises Unna in dieser Hinsicht keinerlei Verdacht gebe.

Man wisse, dass gerade die Gesellschaftsverträge von GWA und VBU diese Möglichkeit ausdrücklich schon enthalten würden und bitte daher, diesem Vorschlag zu folgen.

Frau Cziehso legt Wert auf die Feststellung, dass es in den Gesellschaften des Kreises schon Regularien gebe, um dieses Vier-, manchmal sogar Sechs- oder Acht-Augen-Prinzip sicherzustellen. Die SPD-Fraktion unterstütze trotzdem den Wunsch, mindestens das Vier-Augen-Prinzip, aber dann im Rahmen der gesellschaftlichen Strukturen (Geschäftsordnung oder Compliance-Regelung), festzulegen. Deshalb werde man dem Antrag zustimmen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde, so Herr Goldmann, den CDU-Antrag nicht mittragen, da er keine konkreten Forderungen und Aussagen enthalte, in welche Richtung inhaltlich die CDU-Fraktion gedanke, diesen Antrag mit Leben zu füllen. In allen in Frage kommenden Gesellschaften ermöglichten die Gesellschaftsverträge seiner Kenntnis nach zudem bereits ein Vier-Augen-Prinzip. Außerdem klinge dabei

ein latentes Misstrauen gegenüber allen bestehenden Geschäftsführern durch, das nicht gerechtfertigt und auch sachlich nicht begründbar sei. In einigen Gesellschaften habe man, insbesondere durch eine sehr aktive Einbindung der Prokuristen, letztendlich dieses System ja auch schon sichergestellt.

Herr Landrat Makiolla lässt über den Antrag der CDU-Fraktion vom 17.06.2014 (DS 082/14) abstimmen.

Beschluss

Es wird beschlossen das „Vier-Augen-Prinzip“ in den Gesellschaften und Beteiligungen des Kreises Unna einzuführen und dies in den Gesellschafterverträgen und Geschäftsordnungen zu verankern.

Der Landrat wird gebeten, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (54 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GFL-Lünen/UWG-Selm und des Landrates, 14 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Linksfraktion und der FW-Gruppe sowie 1 Enthaltung der Gruppe PIRATEN)

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ruhestand von Dezernent Norbert Hahn

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass es für Herrn Hahn als Dezernent heute seine letzte Kreistagssitzung sei. Ende des Monats werde er in den Ruhestand versetzt, nachdem er Jahrzehnte in der Kreisverwaltung in unterschiedlichen Funktionen tätig gewesen sei, in den letzten Jahren als Dezernent für den Gesundheitsbereich, den Straßenverkehrsbereich und für den Bereich des Jugendamtes. Es gebe noch eine offizielle Verabschiedung von Herrn Hahn in der kommenden Woche. Er bedanke sich jedoch schon jetzt im Namen aller Mitglieder des Kreistages ganz herzlich für seine Arbeit für den Kreis Unna und natürlich auch für den Kreistag und wünsche ihm alles Gute.

Herr Hahn ergreift das Wort und bedankt sich für die Zusammenarbeit mit dem Kreistag, insbesondere auch für die Zusammenarbeit im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz unter dem Vorsitz von Dirk Kolar und im Jugendhilfeausschuss unter dem Vorsitz von Theodor Rieke.

Anfrage zum papierlosen Sitzungsdienst

Herr Krusel fragt an, wann die Teilnehmer am papierlosen Sitzungsdienst die Zugangskennung für das Kreistagsinformationssystem erhalten würden. Herr Landrat Makiolla teilt ihm mit, dass dies in den nächsten Tagen geschehen werde.

Anlagen

- Anlage 1 Ansprache von Landrat Michael Makiolla zu Beginn der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 17. Juni 2014 in Unna
- Anlage 2 Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und sonstigen Gremien des Kreistages in der durch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppen FDP und PIRATEN vom 16.06.2014 (DS 097/14) geänderten Fassung

gez. Michael Makiolla
Vorsitzender

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin